

Berufsbildende Schulen sind wichtige Säule der beruflichen Bildung

VLW fordert verstärkte Anstrengungen von Politik und freier Wirtschaft

Laut statistischem Landesamt besuchen im laufenden Schuljahr etwa 115 000 Schülerinnen und Schüler die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz, davon knapp 65 000 im Rahmen einer dualen Berufsausbildung. Die Zahlen geben einen Einblick in die gesellschaftliche Bedeutung der berufsbildenden Schulen, für deren Erhalt und Weiterentwicklung nach Meinung des VLW deutlich mehr getan werden muss.

Der zunehmende Trend zum Abitur mit anschließendem Studium hat dazu geführt, dass die Zahl der klassischen Berufsausbildungsverhältnisse seit Jahren abnimmt. Dies verwundert, denn das duale System, bei dem sich die Betriebe gemeinsam mit den Berufsschulen um die Ausbildung des Nachwuchses kümmern, hat sich traditionell über viele Jahrzehnte bewährt und genießt hohe internationale Anerkennung. Es gewährleistet, dass Auszubildende nicht nur für die Belange eines einzelnen Betriebes ausgebildet werden, sondern dass ihnen in den Berufsschulen darüber hinaus die in den Lehrplänen festgeschriebenen Kompetenzen vermittelt werden, mit denen sie nach bestandener Prüfung das Rüstzeug für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn auf den Weg bekommen, auch wenn sie den eigentlichen Ausbildungsbetrieb wieder verlassen müssen oder wollen.

Politik und Wirtschaft sind sich einig, dass die duale Berufsausbildung attraktiv bleiben muss, um dem drohenden Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz gehört hierzu auch die **Erreichbarkeit sowohl der Ausbildungsbetriebe als auch der Berufsschule**. Der öffentliche Nahverkehr muss entsprechende Angebote vorhalten, gegebenenfalls sollte der Führerschein ab 16 Jahren ermöglicht werden, wie dies auch in anderen Ländern praktiziert wird. Schon vor Beginn der Coronakrise hat sich gezeigt, dass aufgrund stark steigender Preise für Wohnraum in den Ballungszentren ländliche Regionen wieder stärker als Lebensmittelpunkt gefragt sind. Der Trend erhält einen Schub durch die Arbeit im Home-Office, die dank der Installation längst überfälliger digitaler Breitbandanbindungen vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das tägliche Pendeln erspart. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der ländliche Raum durchaus eine Zukunftsperspektive hat. Hierzu gehört, dass junge Menschen ihre Ausbildung in regionaler Nähe absolvieren können. Die berufsbildenden Schulen können ihren Beitrag dazu leisten, indem sie Angebote für möglichst viele Ausbildungsberufe vorhalten. Um dies zu ermöglichen, müssen dringend Lösungen gefunden werden, um auch Berufsschülerinnen und -schüler dann wirtschaftlich beschulen zu können, wenn sie Berufe wählen, für die keine ganze Klasse mit mindestens 16 Schülerinnen und Schülern zustande kommt.

Die **DigitalPakte zwischen Bund und Ländern** stellen eine Chance dar, die berufsbildenden Schulen bei der Digitalisierung an den Puls der Zeit und somit auf Augenhöhe mit den ausbildenden Betrieben heranzuführen. Diese Chance muss unbedingt genutzt werden und darf nicht dadurch vertan werden, dass sich Politik in ihren Debatten auf die digitale Ausstattung von Grundschulen fokussiert.

Auch um die Lehrkräfte muss sich die Politik kümmern. Die Zeiten, in denen die Aussicht auf eine lebenslange Verbeamtung Anreiz genug war, um diesen Beruf zu ergreifen, sind lange vorbei. Insbesondere im berufsbildenden Bereich ist der Nachwuchs an grundständig ausgebildeten Lehrkräften knapp. Der Grund dafür liegt nicht allein an der häufig besseren Bezahlung in der freien Wirtschaft, sondern auch an **fehlenden Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie nur geringen Aufstiegsprospekten**. Fortbildungen werden überwiegend zu pädagogischen Themen und weniger im berufsfachlichen Bereich angeboten. Hinzu kommt, dass weniger als 10 % der Lehrkräfte im Landesdienst die Aussicht auf eine Führungsposition innerhalb einer Schule haben. Dies führt dazu, dass sich viele Lehrkräfte im Laufe ihrer Dienstzeit bei ihrer professionellen Entwicklung abgehängt fühlen und somit wertvolles Potenzial vergeudet wird. **Der VLW mahnt dringend Anstrengungen an, um weiterhin für kompetenten Lehrkräftenachwuchs zu sorgen und die Attraktivität des Berufes zu erhalten.**

Um die duale Ausbildung zukunftsfähig zu machen, sollte die **Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Schulen** nicht nur gepflegt, sondern ausgebaut werden. Es gibt viele positive Beispiele für gut funktionierende Lernortkooperationen. Die Vertiefung scheitert jedoch oft daran, dass die Arbeitszeit der Lehrkräfte bereits durch viele Zusatzaufgaben, z. B. für Verwaltungstätigkeiten, außerhalb des Unterrichts mehr als ausgefüllt ist.

Das Bildungsministerium sollte aus Sicht des VLW der beruflichen Bildung höhere Aufmerksamkeit widmen. Berufliche Qualifizierung beugt Jugendarbeitslosigkeit vor. Anstatt das Angebot an Schulen auszuweiten, die zu einem allgemeinbildenden Abitur führen, sollte ein schlüssiges Konzept für hochwertige berufsbildende Abschlüsse erarbeitet werden, die auf den Mittelstufen der weiterführenden Schulen aufbauen und eine gesellschaftlich wertvolle Alternative zum allgemeinbildenden Abitur darstellen.

Damit berufsbildende Schulen ihrer Aufgabe gerecht werden können, muss mehr Geld in das System fließen. Das muss nicht unbedingt allein vom Steuerzahler finanziert sein. Über entsprechendes Sponsoring können sich Betriebe der freien Wirtschaft an der Ausstattung berufsbildender Schulen beteiligen. Eine Intensivierung des Austauschs des Know-How zwischen Betrieben und Schulen führt zu höherer Qualität der beruflichen Bildung auf beiden Seiten und kann somit die **duale Ausbildung und den Fachkräftenachwuchs für die Zukunft sichern.**

Kirchheimbolanden, 27.1.2021